

# Wir sind Helfer, keine Polizei

*Statt Hilfsorganisationen zu kritisieren, sollte endlich über realistische Alternativen zur Flucht über das Mittelmeer geredet werden.*

Wenn in diesen Tagen über die Seenotrettung im Mittelmeer diskutiert wird, muss ich oft an den 22-jährigen Mussa denken. Er stammt aus dem Senegal und wurde in Libyen brutal gefoltert. Unser Team am Mittelmeer hat ihn nach seiner Rettung verarztet; er hat multiple Rippenfrakturen erlitten und leidet an einer schweren Lungenentzündung. Trotz seiner Rettung ist er ängstlich, er weiß noch nicht, ob er nun tatsächlich in Sicherheit ist. Diese Angst erleben wir bei unseren Patienten und Patientinnen immer wieder. Für Ärzte ohne Grenzen ist es nicht wichtig, ob Mussa Flüchtling oder Migrant ist. Für uns zählt, dass er ein Mensch ist, dessen Leben bedroht ist. Ihm zu helfen, ist unsere Kernaufgabe als humanitäre Hilfsorganisation.

Wir sind nicht die Grenzpolizei, keine Organisation zur Schlepper-Bekämpfung, und arbeiten auch nicht mit Schleppern zusammen. Wir leisten Nothilfe. Unser Ziel ist es, Leben zu retten. Diese Tatsache sollten wir uns immer vor Augen führen, wenn wir über die Seenotrettung im Mittelmeer diskutieren: Es geht um verzweifelte Männer, Frauen und Kinder, die keine andere Chance se-

hen, als ihr Leben auf hoher See zu riskieren. Unsere Teams hören täglich ihre Erzählungen; sie handeln von schrecklichen Erlebnissen in Libyen, von willkürlicher Haft, Hunger, massiven Misshandlungen und sexueller Gewalt.

Doch in der Debatte, die der Kritik von Sebastian Kurz an der Seenotrettung gefolgt ist, spielt dies keine Rolle. Im Gegenteil: Die Politik beschäftigt sich vorrangig mit der Frage, wie man diese Menschen aus Europa fernhalten kann. Dass dabei nun auch die Rettung auf hoher See in ein schiefes Licht gerückt wird, hat zu Recht für einen Aufschrei gesorgt.

Denn nicht die Rettungsschiffe sind die Ursache für die Situation am Mittelmeer – sie sind eine Antwort darauf. Nicht unsere Hilfe ist der Grund für die Flucht über das Meer, sondern die Krisen in den Heimatländern und in Libyen. Wegen unserer Rettungseinsätze gibt es nicht mehr Tote, sondern mehr Gerechtete. Auch sind unsere Einsätze nicht illegal: Sie stehen im Einklang mit internationalem und maritimem Recht und erfolgen in enger Abstimmung mit

den Behörden. Empfängt die Koordinationsstelle der Guardia Costiera Notsignale, bittet sie das nächstgelegene Schiff um Hilfe. Das sind oft wir oder andere Hilfsorganisationen; der Großteil der Rettungsaktionen wurde 2016 jedoch von Militärschiffen, Frontex und der italienischen Küstenwache durchge-

führt. Mit „NGO-Wahnsinn“ hat das wenig zu tun. Vom eigentlichen Problem lenkt die derzeitige politische Debatte jedoch ab: Warum müssen Menschen im Jahr 2017 überhaupt noch ihr Leben auf hoher See riskieren? Die Antwort ist einfach: Es gibt noch immer keine legalen Alternativen, in Europa um Schutz anzusuchen. Darüber sollte endlich geredet werden, statt über die Symptome zu klagen und die Retter zu diskreditieren. Solange sich das nicht ändert, werden verzweifelte Menschen wie Mussa weiterhin ihr Leben auf hoher See riskieren.



**Brief an Tirol**  
Von Margaretha Maleh